

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. [BauGB: Entschädigung bei isolierter eigentumsverdrängender Babauungsplanung](#)
Urteil 07.07.2011, III ZR 156/10
2. [FamFG: Aushändigung des Antrags auf Freiheitsentziehung](#)
Beschluss 21.07.2011, V ZB 141/11
3. [BGB: Sekundärhaftung von Sonderfachleuten](#)
Urteil 28.07.2011, VII ZR 4/10
4. [HOAI: fehlende Führung eines Bautagebuchs](#)
Urteil 28.07.2011, VII ZR 65/10
5. [ZPO: materielle Rechtskraft bei Abweisung eines Zahlungsanspruchs](#)
Urteil 28.07.2011, VII ZR 180/10
6. [ZPO: Einstellung der Zwangsvollstreckung wegen Schuldenbereinigungsplan](#)
Beschluss 14.07.2011, VII ZB 118/09
7. [ZVG, InsO, WEG: Absonderungsrecht der Wohnungseigentümergeinschaft](#)
Urteil 21.07.2011, IX ZR 120/10
8. [BGB: Leistung des geschenkten Grundstücks](#)
Urteil 19.07.2011, X ZR 140/10
9. [GKG, GWB: Streitwert im vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren](#)
Beschluss 19.07.2011, X ZB 4/10
10. [BGB: unwirksame Kostenklausel im Gewerberaummietvertrag](#)
Urteil 03.08.2011, XII ZR 205/09
11. [BGB: Versorgungsanwartschaften nach der Ruhegeldordnung der LB Baden-Württemberg](#)
Beschluss 20.07.2011, XII ZB 463/10

Urteile und Beschlüsse:

1. BauGB: Entschädigung bei isolierter eigentumsverdrängender Babauungsplanung

Urteil 07.07.2011, III ZR 156/10

BauGB § 145 Abs. 5, § 95 Abs. 2 Nr. 7, § 42 Abs. 3, GG Art. 14 Ce, Ea

Die Grundsätze zur Entschädigung des Eigentümers, der die Übernahme seines Grundstücks infolge einer isolierten eigentumsverdrängenden Bebauungsplanung verlangt (Senatsurteile vom 19. Juli 2007 - III ZR 305/06, ZfBR 2007, 788; vom

174/98, BGHZ 141, 319), sind auch dann anwendbar, wenn der Eigentümer eines in einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet gelegenen Grundstücks nach Versagung der sanierungsrechtlichen (Bau-) Genehmigung nach § 145 Abs. 5 BauGB die Übernahme des Grundstücks bzw. die Entziehung des Grundeigentums verlangt.

2. FamFG: Aushändigung des Antrags auf Freiheitsentziehung

Beschluss 21.07.2011, V ZB 141/11

FamFG § 23 Abs. 2, § 417

In Verfahren der Abschiebungs-, Zurückschiebungs- und Zurückweisungshaft muss der Antrag der Verwaltungsbehörde auf Anordnung der Freiheitsentziehung dem Betroffenen ausgehändigt werden.

3. BGB: Sekundärhaftung von Sonderfachleuten

Urteil 28.07.2011, VII ZR 4/10

BGB §§ 635, 638 a.F.

Die zur Sekundärhaftung des Architekten entwickelten Grundsätze sind grundsätzlich nicht auf Sonderfachleute anwendbar.

4. HOAI: fehlende Führung eines Bautagebuchs

Urteil 28.07.2011, VII ZR 65/10

BGB § 634 a.F, HOAI § 15 Abs. 2 (i.d.F. vom 21. September 1995)

a) Vereinbaren die Parteien, dass für Inhalt und Umfang der werkvertraglichen Leistungspflichten des Architekten das Leistungsbild des § 15 Abs. 2 HOAI entsprechend gilt, hat der Architekt ein Bautagebuch zu führen.

b) Kommt der Architekt dieser Verpflichtung nicht nach, ist der Besteller grundsätzlich gemäß § 634 BGB zur Minderung des Architektenhonorars berechtigt.

5. ZPO: materielle Rechtskraft bei Abweisung eines Zahlungsanspruchs

Urteil 28.07.2011, VII ZR 180/10

ZPO §§ 322 Abs. 1, 522 Abs. 2

a) Im Falle der Abweisung eines Zahlungsanspruchs als (noch) nicht fällig erwächst in materielle Rechtskraft, dass der Kläger bis zum Schluss der mündlichen Ver-

tigung von BGH, Urteil vom 6. Oktober 1989 V ZR 263/86, WM 1989, 1897).

b) In den Fällen der Berufungszurückweisung nach § 522 Abs. 2 ZPO tritt an die Stelle des Zeitpunkts der letzten mündlichen Tatsachenverhandlung der Zeitpunkt, bis zu dem das Berufungsgericht Vortrag der Parteien bei seinem Beschluss berücksichtigen musste.

6. ZPO: Einstellung der Zwangsvollstreckung wegen Schuldenbereinigungsplan

Beschluss 14.07.2011, VII ZB 118/09

ZPO § 775 Nr. 1, InsO § 308 Abs. 1

Eine Zwangsvollstreckung aus einem bereits vorhandenen Titel kann nicht allein deshalb nach § 775 Nr. 1 ZPO eingestellt werden, weil ein festgestellter Schuldenbereinigungsplan vorliegt.

7. ZVG, InsO, WEG: Absonderungsrecht der Wohnungseigentümergeinschaft

Urteil 21.07.2011, IX ZR 120/10

InsO §§ 49, 27, ZVG § 10 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3, WEG §§ 16, 28

a) In der Insolvenz eines Wohnungseigentümers ist die Wohnungseigentümergeinschaft wegen der nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 ZVG bevorrechtigten, vor der Insolvenzeröffnung fällig gewordenen Hausgeldansprüche ohne die Notwendigkeit einer vorherigen Beschlagnahme des Wohnungseigentums absonderungsberechtigt.

b) Sofern die Berechtigten gegen den säumigen Wohnungseigentümer vor der Insolvenzeröffnung keinen Zahlungstitel erlangt haben, können sie den das Absonderungsrecht bestreitenden Insolvenzverwalter mit der Pfandklage auf Duldung der Zwangsversteigerung in die Eigentumswohnung in Anspruch nehmen. Das Prozessgericht muss in diesem Fall prüfen, ob die Voraussetzungen des Vorrechts gegeben sind.

c) Im Insolvenzverfahren über das Vermögen des Wohnungseigentümers entsteht das Vorrecht wegen der Hausgeldansprüche an der bis dahin nicht beschlagnahmten Eigentumswohnung mit der Verfahrenseröffnung.

8. BGB: Leistung des geschenkten Grundstücks

Urteil 19.07.2011, X ZR 140/10

BGB § 520 Abs. 1 Fall 2

a) Bei der Schenkung eines Grundstücks genügt es zur Leistung des geschenkten Gegenstandes im Sinne von § 529 Abs. 1 Fall 2 BGB, dass der Beschenkte nach dem formgerechten Abschluss des Schenkungsvertrages und der Auflassung einen Antrag auf Eintragung der Rechtsänderung beim Grundbuchamt eingereicht hat.

b) Der Beginn der in § 529 Abs. 1 Fall 2 BGB vorgesehenen Zehnjahresfrist wird nicht dadurch gehindert, dass sich der Schenker an dem verschenkten Grundstück ein lebenslanges Nutzungsrecht vorbehält.

9. GKG, GWB: Streitwert im vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren

Beschluss 19.07.2011, X ZB 4/10

GKG § 50 Abs. 2; GWB § 101b Abs. 1 Nr. 2, § 107 Abs. 2; VgV § 3

a) Will der Antragsteller im Nachprüfungsverfahren mit der begehrten Nichtigerklärung eines im Wege der De-facto-Vergabe geschlossenen Vertrages auch erreichen, dass der Gesamtgegenstand dieses Vertrages in einem künftigen Vergabeverfahren losweise vergeben wird, bestimmt sich die für den Streitwert maßgebliche Auftragssumme nach dem Wert der Lose, an deren Erbringung der Antragsteller interessiert ist.

b) Für die Schätzung des Werts dieser Lose sind die in § 3 VgV genannten Parameter heranzuziehen, soweit sie nach den Umständen für eine entsprechende Anwendung geeignet erscheinen.

10. BGB: unwirksame Kostenklausel im Gewerberaummietvertrag

Urteil 03.08.2011, XII ZR 205/09

BGB §§ 307 Abs. 1 Satz 2 Bb, 310 Abs. 1 Satz 2, EGBGB Art. 229 § 5

Die formularmäßig vereinbarte Klausel eines Gewerberaummietvertrages, die dem Mieter eines in einem Einkaufszentrum belegenen Ladenlokals als Nebenkosten des Einkaufszentrums zusätzlich zu den Kosten der "Verwaltung" nicht näher aufgeschlüsselte Kosten des "Center-Managements" gesondert auferlegt, ist intransparent und daher unwirksam.

11. BGB: Versorgungsanwartschaften nach der Ruhegeldordnung der LB Baden-Württemberg

Beschluss 20.07.2011, XII ZB 463/10

BGB § 1587 a Abs. 2 Nr. 1

Württemberg folgen beamtenähnlichen Grundsätzen im Sinne des § 1587 a Abs. 2
Nr. 1 BGB.